

Bundesrat : kein neuer Versicherungszweig : Pflegekosten für das "4. Alter" nicht getrennt versichern

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **96 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nicht überleben, sondern wirklich leben

Bundesrätin Dreifuss eröffnete Uno-Jahr der älteren Menschen

1999, das Uno-Jahr der älteren Menschen, steht unter dem Motto «Alle Generationen – eine Gesellschaft». In ihrer Eröffnungsrede in Bern betonte Bundesrätin Ruth Dreifuss die Notwendigkeit, die Würde der älteren Menschen zu achten und zu schützen.

Es sei notwendig, einen interessierten und unvoreingenommenen Blick auf das Alter zu werfen, sagte Bundesrätin Ruth Dreifuss im Januar anlässlich der Eröffnung des Uno-Jahres in der Schweiz. Man müsse wegkommen von den undifferenzierten Diskussionen, die häufig in dem hässlichen Wort «Überalterung» gipfelten. Mit deutlichen Worten wandte sie sich dagegen, ältere Menschen als Last für die jüngeren Generationen, als «schlechte Risiken» darzustellen. Die selbstverständliche Zugehörigkeit der älteren Frauen und Männer zur Gesellschaft dürfe nicht in Frage gestellt werden. Sie hätten das Recht, nicht nur irgendwie zu überleben, sondern wirklich zu leben.

«Am Ball» bleiben will die Bundesrätin bei den Sozialversicherungen: Die Al-

tersarmut sei nicht einfach überwunden, vielmehr werde sie erfolgreich in Schach gehalten dank AHV und Ergänzungsleistungen (EL). In der 4. EL-Revision werde es um die finanzielle Sicherung der Heimbewohnerinnen und -bewohner gehen.

Die älteren Menschen rief die Sozialministerin dazu auf, mit den Angehörigen anderer Generationen solidarisch zu sein. Als Beispiele nannte sie die Mutterschaftsversicherung und die Unterstützung alleinerziehender Mütter. Zur aktuellen Diskussion über die Rationierung von Krankenkassenleistungen sagte sie, zuerst müssten alle Rationalisierungsmaßnahmen ausgeschöpft werden, bevor man von Beschränkung spreche. Jede Behandlung müsse zudem mit den Kranken abgesprochen werden; es dürfe keine Götter in weiss oder an Bürotischen geben, die selbstherrliche Entscheide trafen.

pd/gem

Die ZeSo wird in einer späteren Nummer auf das Uno-Jahr der älteren Menschen näher eingehen.

Bundesrat: Kein neuer Versicherungszweig

Pflegekosten für das «4. Alter» nicht getrennt versichern

Die Einrichtung eines neuen Versicherungszweiges für Pflegeleistungen ausschliesslich für Betagte drängt sich nicht auf: In seinem Bericht schlägt der Bundesrat jedoch vor, die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen bei künftigen Gesetzesrevisionen zu berücksichtigen.

Die parlamentarische Initiative Tschopp vom November 1992, «AHV plus», schlägt vor, eine von der Krankenversicherung unabhängige Bundesversicherung zu schaffen, welche die Gesundheits- und Betreuungskosten für Betagte

(Menschen ab 75jährig) übernimmt. In seinem von der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit angeregten Bericht kommt der Bundesrat nun zur Überzeugung, eine derartige Versicherung dränge sich nicht auf. Insbesondere ist er der Meinung, dass bei den medizinischen Pflegemassnahmen die vom Krankenversicherungsgesetz eingerichtete Solidarität zwischen den Generationen beibehalten werden müsse. Es sei nicht wünschenswert, das «4. Alter» getrennt zu behandeln. Zur Entlastung der Angehörigen von Pflege-

bedürftigen sowie von pflegebedürftigen Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen müssten durch Kostenkontrolle und individuelle Prämiensenkung Lösungen gefunden werden. Geprüft werden müsse auch, wie das System der Ergänzungsleistungen koordiniert werden könne mit den Bestimmungen der Krankenversicherung, der Hilflosenentschädigung der AHV sowie mit der geplanten Assistenzentschädigung der IV (Diskussionspunkt im zweiten Teil der 4. IVG-Revision).

pd/gem

Neuer Name und neue Struktur für Branchenverband

Aus Behinderten werden Menschen mit Behinderung

Der gesamtschweizerisch tätige Branchenverband von Institutionen für Menschen mit Behinderung, der Schweizerische Verband von Werken für Behinderte (SVWB), ändert seinen Namen und seine Struktur. Neu heisst er: Insos, Soziale Institution für Menschen mit Behinderung Schweiz. Ihm gehören 400 meist private Trägerschaften mit mehr als 750 Werkstätten und Wohnheimen an. Neu sind diese in sechs Regionalverbänden organisiert. Für über 27'000 Menschen mit Behinderung stellen Insos-Institutionen Wohn- und Lebensraum mit Betreuung sowie geschützte Arbeitsplätze zur Verfügung.

Insos hat zum Ziel, Menschen mit Behinderung die gesellschaftliche Integration – auf die sie Anspruch haben – zu ermöglichen. Vor allem Menschen mit schweren Behinderungen sind dabei auf Unterstützung, Förderung und Begleitung angewiesen. Insos setzt sich für die qualitativ hochstehende und effiziente Erfüllung dieser Aufgaben ein: Information und Beratung, Grundlagenarbeit, Weiterbildungsangebote und Marketingunterstützung sind seine Mittel. Als Branchenverband vertritt Insos die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Behörden, Politik und Wirtschaft.

pd/gem

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Charlotte Alfrev-Bieri (cab), Redaktorin ZeSo, Langnau i/E
- Claudio Ciabuschi, Leiter Praxisberatung und Fortbildung der SKOS, Bern
- Gerlind Martin (gem), Freie Journalistin, Bern
- Isaak Meier, Professor für Zivilprozessrecht, Schuld-, Betreibungs- und Konkursrecht sowie Privatrecht, Zürich